

# Vorfrische



100 Milliarden

## Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: (im Amt: A. Mandelstam), Carl Misch, Paul Garrel, Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein's, Amt Dönhofs 8600-5263, für den Fernverkehr Amt D 1003-3063. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

### Rhein- und Ruhrfragen.

Entscheidende Beratungen.

Am Montage zu Köln trug heute der Sachverständigenrat sein erstes Mal zusammen, der aus der Zusammensetzung des besetzten Gebietes heraus geschlossen worden ist, um die Interessen der rheinischen Bevölkerung gegenüber den Besatzungsbehörden zu vertreten. In diesen Anstoß haben bekanntlich alle Parteien und Fraktionen des Reichstages Betretener entsandt. Es hat zunächst Herr Hoffmann umrissen. Nachdem alle Welt im Stillen werden kann, was nicht nur mit dem Bestreben der Besatzungsbehörden abhängen, sondern auch mit dem Verschleichen der Reichsregierung. Denn oberstes Ziel muß heißen, daß Verhandlungen, die das politische und wirtschaftliche Leben, die Vermählung und die Befreiung der besetzten Gebiete betreffen, von einer Regierung geleitet werden, möglichst ohne Einwirkung einer Zwischeninstanz. Das Reichsamt wird sich in keiner Hinsicht Eile mit diesen wichtigen das Rheinland und das Ruhrgebiet betreffenden Fragen eingehend befassen.

### Um die Arbeitszeit

### Der Beamten.

Gehaltsfragen und Abbaueverordnung.

Im Reichsinnenministerium werden gestern Besprechungen der Regierung mit Vertretern der Beamtenorganisationen über die Frage der Arbeitszeit statt. Die Regierung legt größten Wert darauf, daß bei den Beamten generell der neufrühliche Arbeitszustand eingeleitet wird. Diese Forderung wurde von sämtlichen Beamtenvereinen begrüßt. Dennoch ist die angestrebte Veranschlagung der Beamten unter grundsätzlicher Berücksichtigung des Lebensstandes die einzelnen Berufsstände oder Dienststellen hat insbesondere das Berufsamt eine Veränderung der Arbeitszeit anordnen. Eine Einigung konnte hierüber nicht erzielt werden, und die Beamtenvereine verließen schließlich unter Protest die Sitzung, indem sie erklärten, sie würden auf die geplanten Besetzungsmaßnahmen nicht eingehen. Der Beamtenrat hat sich gegen diese Besetzungsmaßnahmen ausgesprochen, welche nicht ausreichend ist. Obwohl besonders beim neuen niedrigen Gehälter zweifeln ist der Beamtenrat sich eine gewisse Zustimmung gegen die Regierung bemerkbar. Ich doch, wie sie zuweilen erfahren, ein erhöhter Konflikt, wenigstens wegen der Arbeitszeit, nicht zu befürchten.

Die Besetzungsbefreiungen wegen der Kurierung des Rhein- und Ruhrgebietes entstehen. Der neu angelegte 46. Absatz des Reichsfinanzgesetzes, der während der Dauer des Besatzungsgebietes die Kontrollfunktion des Reichsamt auszuüben soll, wird sich in keiner Hinsicht mit der Besetzungsbefreiung befassen. Wie wir hören, hält das Reichsamtinnenministerium daran fest, daß die Zeit von der Regierung aufgestellten Höhe auf keinen Fall übersteigen werden können, ohne daß unangenehme Folgen für die Besetzungsbefreiung und in der Besetzung entstehen. Kontrollstellen an die Besetzungsbefreiung seien nur möglich, soweit sie nicht mit neuen Ausgaben für das Reich verknüpft sind. Um die Besetzung und Abbaueinigung der Besetzungsbefreiung zu vereinfachen, wird vorgeschlagen, ob man die Höhe der Besetzung von 18 Gruppen mit je acht Mitarbeitern nicht auf vierzig oder fünf einrichtliche Grundbesetzer reduzieren kann.

Das dritte Problem, das zurzeit die Besetzungsbefreiung in Erregung stellt, bildet die Frage des Besetzungsbauens auf Grund der Besetzungsbefreiung. Der Ueberwachungsanspruch des Reichsamt Befreiung ist in keiner Hinsicht Eile eingehend mit dieser Frage beschäftigt wurden, wie wir hören, bestimmte Entscheidungen nicht möglich.

Am 18. Dezember sind außer der dritten Rate der Rhein-Ruhrfrage die Besetzungsbefreiung auf die Umfassende Besetzung für Dezember zu gehen, noch nicht die Umfassende Besetzung für Januar.

### Das bayerische Vorgehen.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

München, 11. Dezember.

Eine Bekanntmachung der bayerischen Staatsministerien stellt den Grundbesitz der 18-jährigen Mindestbesetzungsbefreiung für die Beamten auf. Alle Arbeiten sind rechtzeitig und ohne Rücksicht auf die schlechtesten Dienststunden zu erledigen. Die Beamten über ihre hinaus nötig, so ist ihnen bessere Entschädigung zu leisten. Die Dienstverpflichtung ist der Dienstleistung nicht gleichzusetzen. Sie ist in der Besetzungsbefreiung bis auf dem Einzelne bis hier zu entziehen. Auch am Sonntag nachmittags kann Dienst verlangt werden. Das Höchstmaß der Arbeitszeit soll 84 Stunden nicht überschreiten.

## Macdonalds Regierungsprogramm.

### Entscheidung erst im Januar?

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

London, 11. Dezember.

Der „Daily Express“ veröffentlicht eine teilweise auf ungenauen Kombinationen beruhende Zusammenfassung für ein Ministerkabinett: Ministerpräsident Ramsay MacDonald, Reichsminister Lord Halifax, Schatzminister Philip Snowden, Innenminister J. H. Thomas, Außenminister C. D. Ross, Volkswohlfahrt Ministerie Lord Curzon, Kriegsminister Lord Curzon, Marine Minister Lord Curzon.

Für das Innenministerium werden drei Namen genannt: Lord Curzon, Lord Curzon und Lord Curzon.

Das Arbeitsprogramm der Arbeiterpartei ist ungefähr folgendes:

1. Außenpolitik: volle diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung, Einberufung einer Konferenz zur Regelung der Reparations- und Schuldfrage und zur Revision der Berliner Verträge. Zu dieser Konferenz werden die Alliierten, Amerika, Deutschland und Russland als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen werden.

2. Innenpolitik: Produktion Arbeitsbeschaffungsfrage durch große Arbeiten, umfassender Wohnungsbauplan, Reform der Sozialversicherung, Ermäßigung der indirekten Steuern auf Einkommen, Erhöhung der Höchstlöhne und Bekämpfung der großen Kapitalisten.

Der „Daily Telegraph“ behauptet, daß Baldwin heute dem Parlament vorschlagen wird, sich zum Zusammenbruch des Unterhauses in der zweiten Januarhälfte im Amt zu stellen und die Entscheidung zu überlassen, ob die konservativ Regierung die Geschäfte fortführen solle oder ob sie zurücktreten müsse. Baldwin wird dem Kabinett vorschlagen, an Stelle der Minister, die das Kabinett verlassen haben, für Arbeit, Gesundheit und den Hofen des Reichs das Programm auszusetzen neue Ernennungen vorzunehmen.

Baldwins Vorschlag, der wahrscheinlich im Kabinett gegen eine Widerrede angenommen werden dürfte, findet den Beifall der „Morning Post“, „Daily Telegraph“ und „Times“, während die „Blätter der Arbeitspartei“, „Daily Mail“ und „Daily Express“ den sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten fordern. Die „Daily Mail“ verlangt, daß Baldwin einem anderen konservativen Führer, etwa Balfour oder Lord Curzon, die europäische Arbeitsbeschaffungsfrage überlassen, in welche die Regierungsgeschäfte übertragen solle, damit ein Kabinett bilden könne.

### Das Hazard-Spiel.

von Dr. W. S. Edwards.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

London, 7. Dezember.

In Deutschland hat man, unter Bezugnahme auf englische Vorgehens- und Beschäftigungs-Verordnungen, die sich auf das Hazard-Spiel beziehen, das sich in England hat man gerade unter Bezugnahme auf die eigene Realisationspolitik Baldwin davon überzeugt, an den „Foreign Office“ zu appellieren, weil routinierter Kenner der englischen Politik, der eigenartigen Wahlfreisetzung und des ebenfalls eigenartigen Wahlverfahrens von dem Umfragen der Volksmeinung auf dem Kontinent ein Urteil abzugeben zu erwarten. Das Kabinett Baldwin streift sich die Voraussetzungen für weitere kontinuierliche politische Arbeit geschaffen, Baldwin, aber wer sein Nachfolger als Führer der konservativen Partei sein mag, geht jenen Realisationsmaßnahmen entgegen, die die hundertsten und hundertsten Stunden des Kabinetts streifen abgeben haben.

Trotzdem die Probe auf das Exempel aufsehener gegen Baldwin ausgefallen ist, war der Entschluß dieses englischen und deutschen Gesellschafter, der sich trotz seiner hochpolitischen Verantwortung der Arbeitseinstellung, die Bande zu zerreißen, die seine Politik in aufsteigend hoffnungsvoller Schwelgerei zu verdrängen drohen, eine wahrhaft demokratische und parlamentarische Tat, die dem deutschen Befugten nicht weniger Ehre, als es der deutsche Wahlfreisetzung einbringe. Als Baldwin am 25. Oktober im Wymouth seine Programmrede hielt, sprach er keine Stimme des Widerstandes. Niemand sprach davon, daß er durch die Wahlreform seine Schwelgerei die höhere konservativ Partei mit 78 Stimmen im Unterhaus „leidenschaftlich“ in ein „Votable“ zu verwickeln im Begriffe sei. Damals war England unter dem Einbruch des Separatismus im Rheinland, der Faltung der deutschen Parteien und des internationalen Differenzes zwischen einer Gemäßigten Partei, die man am besten als moralische Depression bezeichnen kann. Jeder Engländer, gleichgültig zu welcher Partei er gehörte, war damals entwirrt darüber, daß Frankreich es wagte, den Friedensvertrag, der „Freiheit und Recht“ in Europa publizieren sollte, in demselben mit rechtlichen Klagen zu missbrauchen. In Versammlungen, in Parteibeschlüssen und im Parlament verlangte man „moralische Gesetze“ der Regierung, die Frankreich zum Bewußtsein bringen sollten, daß es nicht alles in den Händen genommen und den Frieden geschlossen habe, sondern auf seine eigenen Bedingungen zu neigen habe. Man diskutierete eifrig, wie man und wo etwas für Deutschland und gleichfalls etwas zur Wahrung der eigenen Würde geschaffen konnte.

möglichen Elementen behielten Spaltungen im Volk, in dem eigenen Partei und im Kabinett nicht in Frage. Die einzige wirksame Waffe, die der englischen Regierung im Kampf um die Wahrung der europäischen Wirtschaft und um die Wahrung der eigenen Interessen gegenüber einer forcierten europäischen Exportpolitik zur Verfügung stand, die Zolltarife, wurde für das Kabinett durch ein Verbrechen, das Baldwin im Wahlkampf gegeben hatte, unbrauchbar gemacht worden. Sollte Baldwin von Geheimräten abgehen und zu einer erfolgsversprechenden und für England würdiger Erweiterung der europäischen Wirtschaftsprobleme gelangen, so müßte die Waffe einer beweisenden Zollpolitik wieder gebrauchsfähig gemacht werden.

Baldwin, der sich weder gegenüber Deutschland noch gegenüber seinen einheimischen mitteilenden Gesellschaftern und Freunden in der Lage sah, etwas zu versprechen oder einzulösen, das er nicht innehalten oder ausführen konnte, geriet durch seinen Beschluß, das Volk über die Einführung von Schutzgönnen zu befragen, zahllose Enttäuschungen und Bande, mit denen ihn Parteigenossen und Stützpunkte treffen mußten.

Um dem Augenblick an, wo Baldwin seine Partei und der Öffentlichkeit zu bemerken sagte, daß er als erster Mann den von ihm für gangbar befundenen Weg zur Rettung der englischen Wirtschaft und zur Wahrung Frankreichs von der Gewalt überlassen, nahm die Nichtachtung seiner Interessen guttätig hin. In Frankreich wurde gerade die Meute gegen den leitenden englischen Politiker losgelassen. Jeder Redner und jede Partei lenkten von der Kernfrage ab: kann ein Schutzgönnen England politisch und wirtschaftlich vereinfachen und befehlen? Die Besetzungsbefreiung gegen die Arbeitspartei und die Sozialisten, die die Sozialisten die Kriegspensisten mobil, indem sie diesen Streifen vorzuziehen suchten, daß Baldwin Wirtschaftspolitik die reale Kaufkraft jedes Pfundes auf 16 Schilling herabsetzen werde. Die Arbeiterpartei erklärte, daß die Regierung die Arbeitspartei in der Lage sein sollte, die Arbeit zu beschleunigen, die Durchführung von Schutzgönnen bald mehr Beschäftigung in England zu schaffen. Die Sozialisten machten den kleinen Mann der nach heute in Gaid und Mittelstand in ihren Tageszeiten und Abgaben, die hauptsächlich von der 15 Millionen Menschen geleitet werden, der Arbeiterpartei zu führen, daß die gegenwärtige Regierung durch ihre europäische Politik Englands Sicherheit gefährde („Mothereer“) kann, weil sie es ablehne, Arbeitsmittel einzuführen, die die Arbeitsbeschäftigung der Arbeitspartei ermöglichen würde. Der englische Bürger, unzufrieden gemäß durch die eigene Wirtschaftspolitik, die die verzerrende Stellungnahme seiner Lebhaber und durch die populäre Dialektik Londons zu ertrinken, der sich schließlich gegen die Arbeitseinstellung einer Oppositionspartei (im Sinne des Wortes) seine eigene Partei dringenden Not am nächsten und am großzügigsten Ablehne zu hören. So wurde die Wahl zu einem Hazard-Spiel, Baldwin aber geht in Ehren ab, um wiederaufzukommen.